

Kurzmeldungen

Mehr Unterstützung für die rund 1,5 Millionen Flüchtlinge im eigenen Land hat eine Konferenz von 40 Nicht-Regierungsorganisationen im Juni in Manila gefordert. Die Menschen, die in den Jahren 1986 bis 1993 vor den Kämpfen zwischen Aufständischen und der Armee geflohen waren, leben meist in behelfsmäßigen Unterkünften und haben kaum Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. (UCAN 17.6.94)

US-Präsident Bill Clinton will am 12. November zu einem Staatsbesuch nach Manila reisen, bevor er im indonesischen Bogor an der Asien-Pazifik-Wirtschaftskonferenz teilnimmt. Der philippinische Präsident Fidel Ramos sagte, Clintons Besuch werde die neuen Beziehungen zwischen beiden Ländern stärken. (Chronicle 21.8.94)

Zu Demonstrationen und Kundgebungen anlässlich des 6. Jahrestages der Verabschiedung des Landreformgesetzes haben am 10. Juni zahlreiche Bauernverbände und Gewerkschaften aufgerufen. Tausende Bauern warfen der Regierung bei Protestveranstaltungen im ganzen Land Versagen bei der Landreform vor. (Contak Juni 94)

Die Philippinen erhalten 1994 von westlichen Ländern und internationalen Organisationen Kredite in Höhe von insgesamt 2,8 Mrd. US-Dollar (ca. 4,5 Mrd. DM). Für 1995 kann das Land nach Angaben der Weltbank mit mindestens demselben Betrag rechnen. (dpa 22.7.94)

Die Bundesregierung in Bonn und die Regierungen Schwedens und der Niederlande sollen bereit sein, Auslandsschulden der Philippinen im Austausch gegen die Einrichtung von Naturschutzprojekten durch die philippinische Regierung zu streichen. Dies berichtete die philippinische Presse unter Berufung auf Regierungsmitglieder. (BW 19.7.)



200.000 gegen Familienplanung - "Gehirnwäsche, damit sie als normal ansehen, was pervers ist": Kardinal Sin, zu seiner Rechten Corazon Aquino, und heiße Sexmagazine

aus: AW v. 24.8.94, S. 21

Kreuzzug gegen Familienplanung

Einen regelrechten Propagandakreuzzug gegen die Familienplanungspolitik der Regierung hat die katholische Kirche der Philippinen im Juli begonnen. Vorläufiger Höhepunkt war am 14. August in Manila eine Großdemonstration von 200.000 Menschen gegen das staatliche Programm zur Geburtenkontrolle. Die Teilnehmer forderten die Regierung auf, die UN-Bevölkerungskonferenz in Kairo Anfang September zu boykottieren, da diese Abtreibung und Promiskuität fördere. Unter den Teilnehmern waren auch zahlreiche islamische Würdenträger. Wenige Tage nach der Demonstration erweiterte Präsident Fidel Ramos die philippinische Delegation für die Kairoer Konferenz. Er kündigte an, Vertreter der Muslime und der katholischen Kirche darin aufzunehmen. Die Namen der neuen Delegationsmitglieder wurden zunächst nicht bekannt.

Der Demonstration vorausgegangen waren zahlreiche scharfe Verlautbarungen von philippinischen Kirchenführern sowie ein Hirtenbrief der katholischen Bischofskonferenz, der in allen Kirchen des Landes verlesen wurde. Der Erzbischof von Manila, Jaime Kardinal Sin, warf der Regierung vor, sie setze auf künstliche Verhütungsmittel und Ab-

treibung, um die Geburtenrate zu senken. Schon kleine Kinder würden mit "pornographischer, perverser und vergifteter sexueller Propaganda" bombardiert. "Das Familienplanungsprogramm der Regierung unterzieht die Kinder einer Gehirnwäsche, damit sie als normal und erstrebenswert ansehen, was unnatürlich, abnorm und sexuell pervers ist: Homosexualität, Inzest, Sodomie, oraler Sex, Verhütung, Sterilisierung und Abtreibung", sagte Sin. Die Angriffe der Kirche gegen die Bevölkerungspolitik der philippinischen Regierung spiegelt in kleinem Maßstab den diplomatischen Kampf des Vatikans gegen die Befürworter des Kairoer Vorbereitungspapiers wider.

Die Regierung versicherte den Kirchenführern, die philippinische Delegation in Kairo werde gegen Abtreibung eintreten. Das Familienplanungsprogramm der Regierung ist zwar stark von der katholischen Morallehre beeinflusst, wirbt aber beispielsweise für die von der Kirche verbotenen künstlichen Verhütungsmittel. Eine Einladung der Regierung, gemeinsam Beratungszentren für natürliche Empfängnisverhütung einzurichten, blieb von der Kirche unbeantwortet.

vgl. IPS 28.7., 31.8.; UCAN 13.7., 28.7., 5.8., 11.8.94

Friedensgespräche: letztes Vorbereitungstreffen in den Niederlanden

Das letzte Vorbereitungstreffen für die Wiederaufnahme der Friedensgespräche zwischen der philippinischen Regierung und der linksgerichteten Dachorganisation Nationale Demokratische Front (NDF) findet am 28. September in den Niederlanden statt. Darauf einigten sich beide Seiten Ende Juli. Bei diesen letzten Vorgesprächen sollten die Unterhändler beider Seiten Datum, Ort, Tagesordnung und die Zusammensetzung der Delegationen für die eigentlichen Friedensverhandlungen festlegen, teilte die Regierung mit. Neben den eigentlichen Delegationen sollen vier Arbeitsgruppen eingerichtet werden, und zwar zu den Themenbereichen Menschenrechte, sozioökonomische Reform, politische und Verfassungsreform sowie Waffenstillstand und Streitkräfteverteilung. Darauf einigten sich die bisherigen Chefunterhändler, Ex-Botschafter Manuel Yan für die Regierung und José María Sison, Gründer der Kommunistischen Partei der Philippinen, (CPP) für die Rebellen. Die CPP gehört ebenso wie 13 weitere Organisationen, darunter die Neue Volksarmee (NPA), zur Nationalen Demokratischen Front. vgl. PDI 1.8.94

Bauern gegen GATT

Gegen die Ratifizierung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) durch das philippinische Parlament haben zahlreiche gesellschaftliche Gruppen, vor allem aber die philippinische Bauernbewegung KMP protestiert. Nach Berechnungen von KMP stehen in den Philippinen rund 600.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel, wenn sich das Land an die Vorgaben von GATT hält und seine Märkte auch für Agrarimporte öffnet. 50.000 Reisbauern, 60.000 Getreide-

anbauer, 40.000 Gemüseproduzenten und mehr als 450.000 Zuckerarbeiter stünden dann vor dem Ruin, so die KMP. Die philippinische Bevölkerung werde von GATT nicht profitieren. Die einzigen Gewinner seien die großen multinationalen Konzerne aus den USA, Japan und der Europäischen Union, die die Philippinen in einen ungerechten Handelskampf trieben. Die KMP mobilisierte ihre Mitglieder im Vorfeld der Ratifizierung Ende August zu zahl-

reichen Großdemonstrationen. Schon im kommenden Jahr sei mit massiven Billigeinfuhren von Getreide und Reis zu rechnen.

Auch der Landwirtschaftsausschuß des Senats warnte, der philippinische Agrarsektor sei noch nicht reif für den GATT-Beitritt. Die philippinischen Produkte könnten nicht mit den billigeren Importen konkurrieren, da die Produktionsbedingungen und die Infrastruktur unzureichend seien. GATT soll Anfang 1995 in Kraft treten.

vgl. UCAN 8.8.; IPS 22.8.94

Straßenkinder von der Straße holen?

Die etwa 100.000 Straßenkinder Manilas sollten nicht in Heime gesteckt, sondern auf der Straße besser geschützt werden. Diese Ansicht vertreten übereinstimmend das Kinderhilfswerk UNICEF und die Menschenrechtskommission der philippinischen Regierung. Drei von vier Straßenkindern tragen nach Berechnungen der Regierung wesentlich zum Unterhalt ihrer verarmten Familien bei und kehren abends nach Hause zurück. Sie von der Straße zu holen, würde das Überleben der ganzen Familie bedrohen, schrieb auch UNICEF in einem Bericht. Die Kinder müßten aber besser geschützt werden. Andere Hilfsorganisationen hatten hingegen in den letzten Monaten gefordert, die Kinder von der Straße zu holen. Die Diskussion war entbrannt, nachdem im April im Vorfeld der Miss Universum Wahl in Manila hunderte Straßenkinder in Razzien von der Polizei aufgegriffen und in Heime, Gefängnisse und psychiatrische Anstalten gebracht worden waren.

vgl. UCAN 11.7.94

Verfassungsgericht gibt Mehrwertsteuer frei

Der Oberste Gerichtshof der Philippinen hat die von Präsident Fidel Ramos eingeführte 10prozentige erweiterte Mehrwertsteuer für verfassungsgemäß erklärt und damit zugelassen. Mit dieser Entscheidung hoben die Richter eine einstweilige Verfügung auf, die das in der Bevölkerung äußerst unbeliebte neue Steuer-

gesetz gestoppt hatte, bevor es zum 1. Juli in Kraft treten konnte. Die neue Mehrwertsteuer soll auf fast alle Waren und Dienstleistungen – auch Transport und Telefon – erhoben werden und 73 einzelne Steuern ersetzen. Ausgenommen davon sind Energie, Wasser, Düngemittel, Lebensversicherungen, Kunstgegenstände, Bildungseinrichtungen und ärztliche Leistungen. Die Regierung erhofft sich durch die Neuregelung Mehreinnahmen von 330 Millionen Dollar im Jahr. Gegen die Erweiterung der Mehrwertsteuer hatte es Massenproteste gegeben, da erwartet wird, daß vor allem die Armen darunter leiden werden.

vgl. IPS 26.8.94

30 Prozent des Staatsetats für Schuldendienst

Rund ein Drittel der gesamten philippinischen Staatsausgaben wird im kommenden Jahr in den Schuldendienst fließen. So sieht es der Entwurf des Haushaltsplans 1995 vor, den die Regierung ausgearbeitet hat. Obwohl der Schuldendienst damit weiterhin der größte Posten im Staatshaushalt bleibt, ist sein prozentualer Anteil an den Gesamtausgaben im Vergleich zu den Vorjahren leicht gesunken. So verschlang der Schuldendienst 1991 noch 41,1 % des Haushalts. Für das Jahr 1995 ist laut Entwurf nach den veranschlagten 109,4 Mrd. Pesos für den Schuldendienst der Sozialetat mit 107,2 Mrd. Pesos der zweitgrößte Posten. Der Verteidigungshaushalt wurde auf 58,5 Mrd. Pesos veranschlagt.

vgl. Today 12.7.94

Asche des Pinatubo bleibt tödliche Gefahr

An Spätfolgen des schweren Pinatubo-Ausbruchs vor drei Jahren starben in den Philippinen auch heute noch Menschen. Nach Erkenntnissen von US-Experten enthält der Vulkanstaub eine silikonhaltige Substanz, die stark krebserregend ist. Den Bewohnern in unmittelbarer Umgebung des Vulkans rieten die Experten eines Krebsforschungszentrums in Houston, ständig Schutzmasken zu tragen.

Auch aus anderen Gründen gefährdet die Pinatubo-Asche heute noch das Überleben Zehntausender Menschen in der Umgebung des Vulkans. Die Asche bietet nach Ansicht von Experten ideale Brutbedingungen für Heuschrecken, und so entstand in der Umgebung des Pinatubo seit dem Frühjahr die größte Heuschreckenplage der Philippinen seit fast vierzig Jahren. Millionen Heuschrecken, die den Himmel zeitweise völlig verdunkelten, fraßen bislang 5.000 Hektar Zuckerrohrland in den Provinzen Pampanga, Tarlac, Zambales und Bataan kahl. Weitgehend verschont blieben bislang Reis-, Getreide- und Gemüsegelder. Vorübergehende Erleichterung brachten heftige Regenfälle mit nachfolgenden Überschwemmungen Mitte Juli. Experten befürchten jedoch, daß in den umliegenden Bergen bereits weitere Heuschreckengenerationen herangewachsen sind, die bald über das Tiefland herfallen werden.

vgl. IPS 11.7.; AP 25.7.; AFP 19.8.94

Kurzmeldungen

Die deutsche Bundesregierung plant die Einrichtung einer Kreditanstalt in Manila, die umweltfreundliche Technologien der einheimischen Industrie durch günstige Kredite fördern soll. Dabei sei zunächst an einen Etat von sechs Millionen Dollar gedacht, teilte Umweltstaatssekretär Benjamin Bagadion in Manila mit. Die geplante deutsche Einrichtung solle zudem den Einsatz deutscher Umwelttechnologie in der philippinischen Industrie fördern. (BW 5.7.94)

Trotz scharfer Kritik von Umweltschützern hat die Weltbank einen Kredit über 227 Mio. US-Dollar für ein geothermisches Kraftwerk auf der Insel Leyte bewilligt. Weitere 100 Mio. US-Dollar fließen im Rahmen eines Sonderprogramms der Weltbank in das insgesamt 1,3 Mrd. US-Dollar teure Bauvorhaben. Naturschutzgruppen werfen der Weltbank vor, mit der Förderung des Projekts gegen die eigenen Grundsätze zu verstoßen. (AFP 25.8.; IPS 8.6.94)

Das philippinische Unternehmen Alcorn Petroleum and Minerals Corp. will unter den Spratly-Inseln im südchinesischen Meer nach Öl suchen. Damit haben sich auch die Philippinen in den Wettlauf um die Ölreserven eingeschaltet, die unter der Inselgruppe vermutet werden. Auf die Spratlys erheben u.a. die Philippinen, Taiwan und Vietnam Anspruch. Auch China führt gemeinsam mit einem US-Konzern Probebohrungen durch. (IPS 17.7.94)

Die philippinische Fluggesellschaft Philippine Airlines (PAL) akzeptiert seit dem 1. Juli keine Kreditkarten mehr; alle Tickets müssen bar bezahlt werden. Dadurch will das finanziell stark angeschlagene Unternehmen jährlich eine halbe Million US-Dollar einsparen. (Reuters 2.7.94)

Wieder Filmzensur

Nach Steven Spielbergs Holocaust-Epos "Schindlers Liste" und dem neuseeländischen Streifen "Das Piano" haben die philippinischen Zensurbehörden einen weiteren preisgekrönten ausländischen Film zunächst gesperrt und nach internationalen Protesten schließlich nur mit dem Vermerk "für Jugendliche nicht zugelassen" in die Kinos gelassen. Es handelt sich um die spanische Komödie "Belle Epoque", die den diesjährigen Oscar für den besten ausländischen Film erhielt. Ebenso wie bei "Schindlers Liste" und bei "Das Piano" monierten die Zensoren die Sexszenen in "Belle Epoque". Außerdem verhöhne der Streifen die katholische Kirche.

vgl. Reuter 17.6.94

Behörden spielen Cholera-Epidemie herunter

Mindestens 171 Menschen sind in den vergangenen Monaten in den Philippinen an Cholera gestorben, mehr als zehntausend Menschen erkrankten an der Seuche, heißt es in einem Bericht des philippinischen Gesundheitsministeriums von Ende Juli. Betroffen seien Manila und 43 der 72 Provinzen, vor allem die Region Bicol. Zugleich

spielten die Gesundheitsbehörden offenbar mit Blick auf die Tourismusindustrie die Verbreitung der Krankheit herunter. Nachdem Anfang Mai die ersten Cholerafälle bekannt geworden waren, nahm das Gesundheitsministerium aus seiner offiziellen Zählung all die Fälle heraus, bei denen nur der Verdacht auf Cholera bestand oder eine nicht näher bestimmte schwere Darmerkrankung gemeldet war. Diese mutmaßlichen, aber nicht nachgewiesenen Cholerafälle wurden vor allem aus ländlichen Regionen gemeldet, wo es kaum Labors gibt, um die Cholera-Erreger nachzuweisen. Gesundheitsminister Juan Flavio räumte inzwischen ein, daß es in diesem Jahr um ein Drittel mehr Cholera-Erkrankungen gab als in den Vorjahren, beschuldigte seinerseits aber seine Amtsvorgänger, die Statistiken geschönt zu haben, so daß die jetzigen Zahlen besonders dramatisch wirkten. Cholera trete in den Philippinen wie in anderen tropischen Ländern immer wieder einmal auf. Grund zur Panik bestehe deshalb aber nicht.

vgl. dpa 2.7.; UCAN 12.8.94

Klimakatastrophe: Philippinen stark betroffen

Die Philippinen gehören zu den acht asiatischen Staaten, die von einer Erwärkung des Erdklimas besonders stark bedroht sind. Einer Studie des Washingtoner Klimainstituts zufolge müssen diese acht Staaten im Falle eines globalen Temperaturanstiegs mit einer Überflutung der Küstenregionen, verstärkten Monsunregenfällen, Ernteauffällen und Einbußen im Tourismus rechnen. Einige der philippinischen Inseln würden ganz untergehen. In den acht betroffenen Ländern - Pakistan, Indien, Sri Lanka, Bangladesch, Indonesien, Malaysia, Vietnam und den Philippinen - lebt ein Viertel der Weltbevölkerung.

vgl. AP 11.8.94

Weniger Bürokratie für Tribals

Rund 6,5 Millionen Menschen, die zur indigenen Bevölkerung der Philippinen gezählt werden, müssen künftig bei der Registrierung von Geburtstagen, Todestagen oder Hochzeitstagen nur ungefähre Daten angeben statt wie bisher den genauen Kalendertag. Bei ihnen ist es vielfach Brauch, wichtige Lebensdaten an Naturereignissen wie Taifunen oder Mondfinsternissen festzumachen, die sich wenige Tage vor oder nach der Geburt, der Hochzeit usw. ereigneten.

vgl. Asia Focus 1.7.94

Zwei Deutschen droht Todesstrafe

Zwei Deutsche und ein Schweizer sind in den Philippinen unter dem Vorwurf des Drogenhandels festgenommen worden. Im Falle eines Schuldspruchs droht ihnen die Todesstrafe. Im Touristenort Puerto Galera auf der Insel Mindoro waren Anfang Juli der Deutsche Helmut H. und sein Schweizer Kompagnon Remo D. mit 22 Kilogramm Haschisch festgenommen worden. Gegen sie wurde inzwischen Anklage wegen Drogenhandels erhoben. Die beiden Männer gaben an, die Drogenfahnder selbst hätten das Haschisch in ihr Gepäck getan. Anfang August wurde in Cebu ein weiterer Deutscher festgenommen, nachdem auf seinem Boot, mit dem er aus Manila gekommen war, 900 Gramm Haschisch gefunden worden waren. Der 36jährige Deutsche, der aus Speyer stammt, sitzt in Untersuchungshaft. Anklage wurde noch nicht gegen ihn erhoben. Nach Angaben seiner Eltern nahm er in den Philippinen an einem Tauchlehrerkurs teil.

Nach philippinischem Gesetz kann der Besitz von mehr als 75 Gramm Haschisch mit der Todesstrafe geahndet werden. Die Todesstrafe war in den Philippinen erst zu Beginn dieses Jahres wieder eingeführt worden. Seitdem wurden vier Filipinos wegen verschiedener Straftaten zum Tode verurteilt. In allen vier Fällen laufen noch Berufungsverfahren.

vgl. Reuter 5.7.; AP 8.8.94

Dutzende Tote bei Minenexplosion

Beim schwersten Grubenunglück in der philippinischen Geschichte sind möglicherweise mehr als hundert Bergleute getötet worden. Zwei Tage nach der Methangasexplosion im Kohlebergwerk von Malangas auf Mindanao am 30. August waren 89 Tote gezählt, 40 Bergleute waren noch in 150 Metern Tiefe eingeschlossen. Die Bergungsarbeiten waren dadurch erschwert, daß sich in dem Schacht weiterhin giftige Dämpfe entwickelten. Zum Zeitpunkt der Explosion befanden sich etwa 200 Bergleute in dem Schacht. Nach Angaben der Betreibergesellschaft Philippine National Oil sei in den Schacht plötzlich Wasser eingebrochen. Nachfolgend sei Gas in den Stollen geströmt, das sich entzündet habe und explodiert sei.

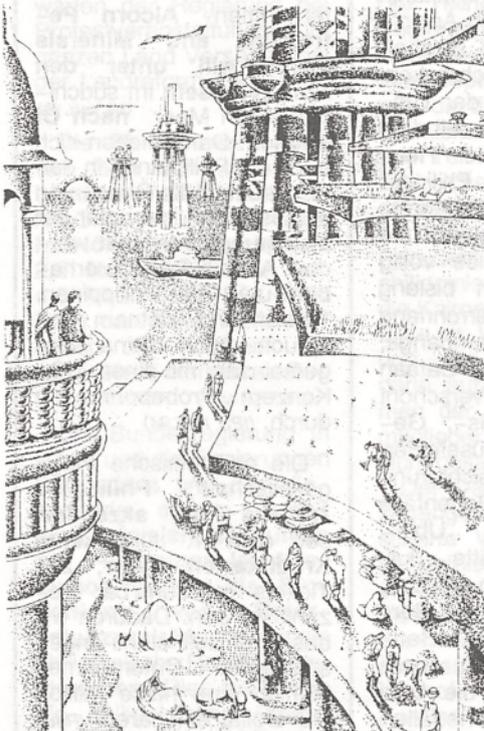
vgl. dpa, Reuter 31.8.94

Philippinischer Familie droht Abschiebung

Die hessische Landesregierung hat im Juli die geplante Abschiebung einer philippinischen Familie aus Hadamar vorerst gestoppt. Der Fall soll im September im Petitionsausschuß des Landtages besprochen werden, teilte das Innenministerium in Wiesbaden mit. Bis dahin könne die Familie in Deutschland bleiben. Das Ehepaar und seine beiden Kinder leben bereits seit neun Jahren in Deutschland. Die Eltern waren im März festgenommen und in Abschiebehaf nach Limburg gebracht worden. Die Kinder hatten die Erlaubnis, bis zum Ende des Schuljahres in Deutschland zu bleiben. Der Fall hatte zu heftigen Protesten in Hadamar geführt. Die katholische Gemeinde hatte der Familie im Falle einer Abschiebung Kirchenasyl zugesagt, die Schüler des Hadamarer Gymnasiums hatten an Bundeskanzler Kohl geschrieben, sich der Petition anzunehmen.

Die beiden 52 Jahre alten Eheleute waren in den Philippinen unter dem Marcos-Regime wegen einer angeblichen Unterschlagung zu 20 Jahren Haft verurteilt worden, hatten aber angegeben, aus politischen Gründen verurteilt worden zu sein.

vgl. dpa 14.7.94



Klimakatastrophe: Asiaweek empfiehlt für das Jahr 2033 ...

aus: AW v. 4.5.94, S. 8